rückzuweisen: „300 Jahre garten-, bau-, stadt- und staatsgeschichtlicher Entwicklung von höchster Bedeutung im Schatten des Brandenburger Tores würden in bisher einmaliger und absolut unangemessener Weise bedroht."

Derart munitioniert, lehnte Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) eine „Abwertung des Brandenburger Tores und seiner Umgebung" strikt ab. Fazit einer zweiseitigen Stellungnahme seines Ressorts: Im historischen Zentrum Berlins könnten die Sicherheitsauflagen „nicht umgesetzt werden". Ähnlich hatte schon der Verkehrssenator Jürgen Klemann (CDU) argumentiert.

Forsch ließ Strieder, kurz darauf bestätigt durch ein Votum der SPD-Fraktion, seinen Staatssekretär Hans Stimmann in die Offensive gehen: Der Senat, so Stimmann in einem Schreiben an Kanzleichef Volker Kähne, müsse den Amerikanern „alternative Standorte vorschlagen" und gleichzeitig über „eine angemessene Nachnutzung des jetzigen Botschaftsgeländes" diskutieren.

Theoretisch könnten die Amerikaner auf dem Terrain ihres einstigen Hauptquartiers in Dahlem bauen. Darüber hatten sie schon im vorigen Jahr nachgedacht. Denn nach den Bombenattentaten von Nairobi und Daressalam im August überprüfte der US-Geheimdienst CIA auch das Sicherheitskonzept für die geplante Berliner Botschaft. Die Experten meinten, der Explosionsdruck einer Autobombe beispielsweise wäre so verheerend, daß Vorsorge am Bau selbst nicht ausreiche. Allenfalls ein Gebäude ohne Fenster könne relative Sicherheit gewährleisten.

Gegen die Absicht des State Department, den Berliner Standort zu wechseln, hatte Botschafter Kornblum interveniert. Er setzte sich bei Außenministerin Albright erfolgreich für die symbolträchtige Rückkehr der Vereinigten Staaten auf ihr Grundstück im alten und neuen Machtzentrum der Stadt ein; das hatten sie 1931 für neun Millionen Reichsmark erworben.

Kornblum hatte die Siegermacht 1985 bis 1987 als US-Gesandter in Berlin vertreten. Der Diplomat nimmt für sich in Anspruch, seinem Präsidenten Ronald Reagan vor dem Brandenburger Tor den berühmten Satz „Mr. Gorbachev, tear down this wall" – „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder" – diktiert zu haben.

Nach dem Fall der Mauer demonstrieren die Berliner jetzt – Freundschaft hin, Schutzmacht her – Selbstbewußtsein. Sollte Botschafter Kornblum beim in Kürze geplanten Vermittlungsgespräch auf seinen Forderungen bestehen, wollen sie hart bleiben. „Wenn sich nicht überraschend etwas bewegt", sagt Senatskanzleichef Kähne, „werden wir womöglich viele Jahre mit einer Baulücke leben müssen."

WOLFGANG BAYER, PETRA BORNHÖFT

DPA

Kölner Kardinal Meisner: *„Christ im Gegenwind"*

KIRCHE

Draußen vor der Tür

Die deutschen Bischöfe müssen Ende Februar entscheiden: Riskieren sie über die Abtreibung den Konflikt mit Rom oder den Krach mit den eigenen Gläubigen?

Wenn die deutschen Oberhirten sich im emsländischen Lingen Ende Februar versammeln, um zu entscheiden, ob sie ihrem Chef in Rom mehr gehorchen sollen als ihrem seelsorgerlichen Gewissen, haben die Bischöfe vor allem einen Mann zu fürchten – den Kölner Kardinal Joachim Meisner, den seine Feinde „die Faust des Papstes in Deutschland" nennen.

Seit Wochen ist die rheinische Eminenz auf Konfrontationskurs nicht nur zu Staat und Gesellschaft, sondern auch zu Teilen ihrer eigenen Kirche. Seit Wochen wettert Meisner öffentlich und heftig gegen die Abtreibungspille. Er vergleicht Politiker mit Nazi-Mördern, sollten sie die Abtreibungspille „Mifegyne" genehmigen, und setzt ungeniert seine Amtsbrüder unter Druck, endlich, wie von Johannes Paul II. schon vor Jahresfrist gefordert, Frauen in katholischen Beratungsstellen den für eine Abtreibung erforderlichen Beratungsschein nicht mehr auszustellen – und damit aus dem mühsam austarierten staatlichen Konzept zum Schwangerschaftsabbruch auszusteigen.

Vergangene Woche tagten die 27 Leiter der deutschen Diözesen – Bischöfe, Erzbischöfe und Kardinäle – im fränkischen Kloster Himmelspforten, um die Vollversammlung aller 78 Oberhirten, Weihbischöfe inklusive, vorzubereiten und in einer Art Probeabstimmung die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse unter den Oberen zu testen. Der Bischofskonferenzvorsitzende Karl Lehmann vermied jedoch zum jetzigen Zeitpunkt eine Festlegung.

Die Herren debattierten über das Kompromißpapier einer Arbeitsgruppe, die von den Bischöfen im vergangenen Jahr eingesetzt wurde, um herauszufinden, wie die Oberhirten dem Verdikt des Papstes Genüge tun, zugleich aber weiterhin bedrängten Frauen helfen können.

Caritas und der Sozialdienst katholischer Frauen, welche die kirchlichen Beratungsstellen tragen, sowie das Zentralkomitee, oberstes Laiengremium der deutschen Katholiken, haben immer wieder vehement an die Bischöfe appelliert, im staatlichen Beratungssystem zu bleiben.

Auch die Mehrheit der Geistlichen selbst will aus pastoralen Gründen dabeisein.

130 000 Abtreibungen

werden jährlich legal in Deutschland vorgenommen. Die Zahl stagniert. Frauen, die ihre Schwangerschaft innerhalb der ersten zwölf Wochen straffrei abbrechen lassen, brauchen zur Vorlage beim Arzt einen „Nachweis", einen Schein, der bestätigt, daß sie an einer „Beratung nach Paragraph 219 StGB" zum „Schutz des ungeborenen Lebens" teilgenommen haben.

Auch die katholische Kirche beteiligt sich an der staatlich geregelten Konfliktberatung. Die zum größten Teil von der Caritas und dem Sozialdienst katholischer Frauen getragenen 270 katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen betreuen jährlich insgesamt etwa 115 000 Frauen, darunter auch viele muslimische. Die meisten werdenden Mütter suchen jedoch lediglich Rat und Hilfe, etwa bei Woh-

„Wenn wir aus dem Beratungssystem aussteigen“, warnt der Limburger Oberhirte Franz Kamphaus, „sind wir draußen vor der Tür. Wir haben viel zu verlieren.“

Die katholischen Beratungsstellen, schlagen die Autoren des Kompromißpapiers vor, könnten den für eine legale Abtreibung notwendigen Beratungsschein mit einem persönlichen „Beratungsbrief“ koppeln, in dem der Schwangeren konkrete Hilfe angeboten wird – von ortsnahen Kindergartenplätzen und Krediten oder Zuschüssen bei Wohnraumbeschaffung bis zu Kinderkleidung und Baby-Erstausstattung.

Wenn Frauen dennoch abtreiben, so die Logik, würden sie die Beratung mißbrauchen, dafür könnten dann aber die Bischöfe nichts. Daß die laue Formel dem Vatikan reichen wird, ist allerdings unwahrscheinlich. Wie die Stimmung in Rom ist, soll Lehmann jetzt vorsichtig sondieren.

Meisner hofft, bei der am 22. Februar beginnenden Bischofskonferenz die Mehrheit auf seine Seite ziehen zu können. Zumal die Diskussion um die „sanfte“ Abtreibungspille auch Befürworter der staatlichen Beratung verunsichert hat: Mancher Bischof fürchtet, die Pille könnte die Hemmschwelle beim Schwangerschaftsabbruch weiter absenken.

AP

Mainzer Bischof Lehmann
„Viel zu verlieren“

Insider gehen davon aus, daß die Bischofskonferenz in drei etwa gleich große Blöcke gespalten ist: Ein Drittel – darunter neben dem Kölner Meisner der Fuldaer Oberhirte Johannes Dyba, der Münchner Kardinal Friedrich Wetter und der Paderborner Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt – ist voll auf Papst-Linie; ein weiteres Drittel – angeführt vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz Karl Lehmann (Mainz) sowie den Bischöfen Hermann Josef Spital (Trier) und Kamphaus – möchte auf jeden Fall verhindern, daß die Kirche die staatliche Schwangerenberatung verläßt und sich damit ins gesellschaftliche Abseits begibt.

Dazwischen liegt die „graue Mitte“ – jene Bischöfe, die sich bislang in dem Streit bedeckt halten. Als unberechenbare Größe kommen die 51 Weihbischöfe hinzu, die bei der Vollversammlung ebenfalls mit abstimmen dürfen und nicht unbedingt ihrem jeweiligen Chef folgen müssen.

Zusätzlich unter Druck fühlen sich die deutschen Bischöfe durch das, was sich derzeit im österreichischen Nachbarsprengel abspielt: Dort hat sich die katholische Kirche zwischen erzreaktionären und liberalen Kräften tief gespalten, ausgelöst durch den Skandal um den zurückgetretenen Wiener Kardinal Hans Hermann Groer, der sich an jungen Schutzbefohlenen und Mitbrüdern vergriffen haben soll. Kirchenfunktionäre des Alpenlandes streiten über Abtreibung und Priesterinnen, Bischöfe titulieren sich öffentlich gegenseitig als Lügner, die Gläubigen laufen in Scharen davon.

Daß es über den Streit um die Schwangerenberatung in der deutschen Kirche zu ähnlichen Verhältnissen kommen könnte, ist für viele Kirchenführer eine Horrorvision. Um die Einheit zu wahren, könnte daher mancher von ihnen bereit sein, die eigenen Überzeugungen hintanzustellen. Zusätzlich gemindert werden Standfestigkeit und Streitlust, weil fast die Hälfte der deutschen Bischöfe bis 2005 aus Altersgründen aus dem Amt scheidet.

Der Kölner Kardinal allerdings zählt kaum zu den Friedfertigen. Dafür ist Fundamentalist Joachim Meisner zu fest davon überzeugt, auf der richtigen Seite zu stehen. Sein Credo: „Ich habe die meiste Zeit meines Lebens als Christ im Gegenwind gelebt. Das macht mir nichts aus.“

Unterstützung bekommt er neuerdings vom katholischen Adel. In einem Mahnschreiben an alle Bischöfe fordern 100 Unterzeichner, darunter Freifrauen, Fürstinnen, Prinzessinnen und Grafen – unter ihnen Gloria von Thurn und Taxis sowie Johanna Gräfin von Westphalen –, „daß sich die Kirche aus der Beratung mit Scheinpflicht verabschiedet“. Denn es gelte „zu retten, was zu retten ist“. Peter Wensierski

nungs- oder Finanzproblemen. Rund 20 000 Frauen wollen eine „Konfliktberatung“ von katholischer Seite, lediglich 15 000 von ihnen haben sich den „Schein“ im vergangenen Jahr ausstellen lassen. Etwa 5000 „Konfliktfrauen“ entschieden sich nach dem Beratungsgespräch, das Kind doch auszutragen. Von den übrigen 15 000 gaben nur 1400 klar zu erkennen, daß sie weiterhin zu einer Abtreibung tendierten. Von der großen Mehrheit, knapp 14 000, ist unbekannt, wie sie letztlich votiert hat.

Von den Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch nicht ausschließen, nennt in der Regel etwa die Hälfte als Grund berufliche Schwierigkeiten im Fall einer Geburt, andere Argumente sind Überforderung als Alleinerziehende oder gesellschaftliche Diskriminierung durch ein uneheliches Kind. Nur jede zehnte Frau gibt an, der Partner oder die Familie übe Druck auf sie aus.